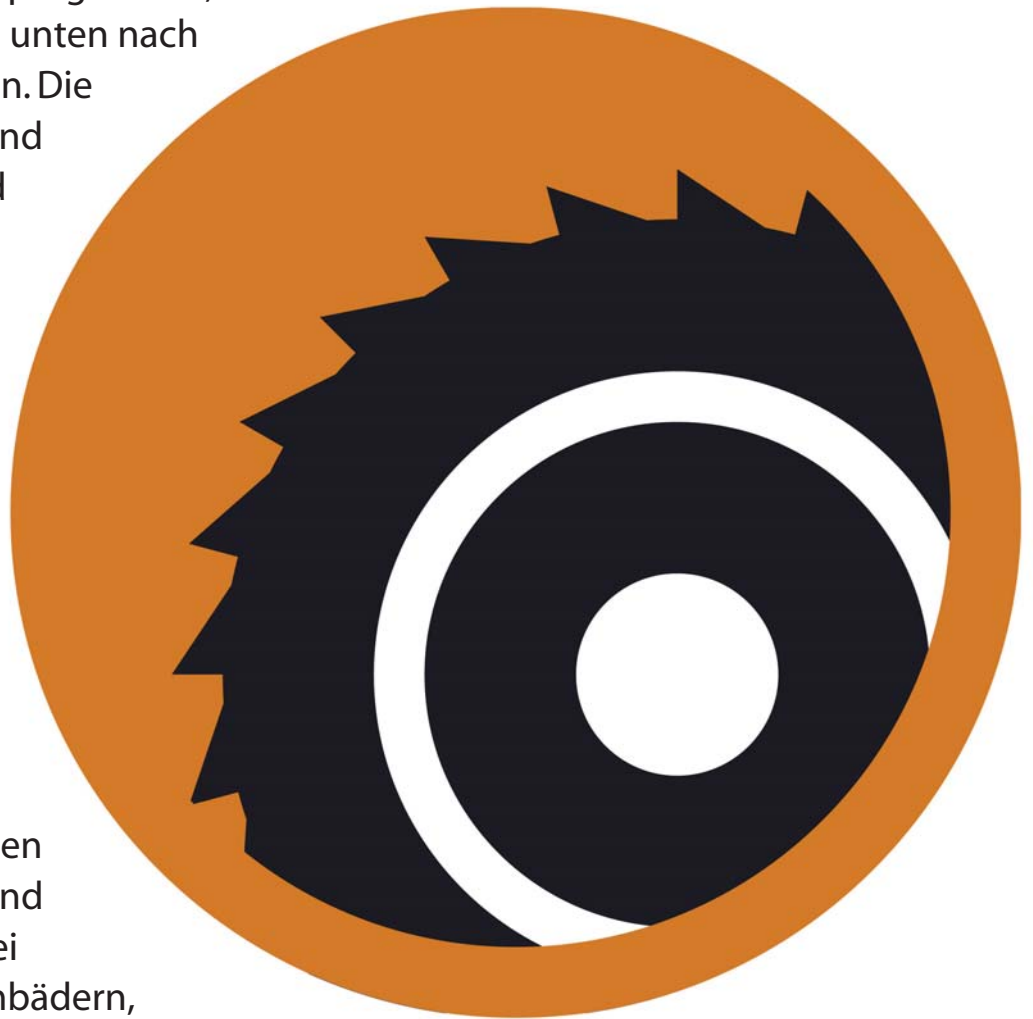


Gerecht geht anders – Wir zahlen nicht für eure Krise!

2009: Es herrscht die weltweite Wirtschaftskrise. Grund sind vor allem spekulative Geschäfte mit wertlosen Aktien. Einige Banken, etwa Lehman Brothers in New York, gehen Pleite, viele andere werden gerettet – durch staatliche Gelder aus Steuermitteln. Allein die HSH Nordbank wird von Schleswig-Holstein und Hamburg mit einer Finanzspritze von drei Milliarden und einer Garantie über weitere zehn Milliarden Euro gestützt.

2010: Während bei den Banken schon wieder Boni ausgezahlt und Gewinne ausgeschüttet werden, plant der Staat drastische Kürzungs- und Streichprogramme, die die Umverteilung von unten nach oben weiter verstärken. Die öffentlichen Kassen sind leer. Bund, Länder und Gemeinden müssen ihre Haushalte sanieren. Gestrichen werden soll vor allem im sozialen Sektor und bei denen, die ohnehin nicht viel haben. So sinken beispielsweise die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung, obwohl die Versicherten mehr zahlen. Städte und Gemeinden kürzen bei Büchereien, Schwimmbädern, Theatern, Museen und Zuschüssen an Vereine.



Die Regierung von Schleswig-Holstein will im Haushalt für die beiden nächsten Jahre 250 Millionen Euro einsparen. Betroffen sind unter anderem:



- Familien mit Vorschulkindern, die wieder Kita-Gebühren zahlen müssen, während gleichzeitig die Familienbildungsstätten ihre Angebote reduzieren.
- Frauen in Notlagen, denn Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser erhalten deutlich weniger Zuschüsse als bisher – einzelne Angebote gar nichts mehr. Dies führt zu einer Abkehr von Gleichstellungspolitik und Geschlechtergerechtigkeit.
- Blinde Menschen, die nur noch die Hälfte des „Blindengelds“ bekommen sollen.
- Selbsthilfegruppen von chronisch Kranken und die KIBIS-Kontaktstellen, Suchtkranke und Menschen mit psychischen Krankheiten, deren Beratungsstellen und Treffs weniger Mittel erhalten und daher weniger Hilfe anbieten können
- Dauerhafte Kürzungen im ökologischen Landbau.
- Massive Kürzungen im Bildungsbereich, beispielsweise an den Universitäten. Außerdem will das Land seine Kasse durch den Verkauf öffentlicher Einrichtungen an private Investoren aufbessern: Das ist voraussichtlich für das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein geplant.

Das Bündnis „Gerecht geht anders -

Wir zahlen nicht für eure Krise!“ wendet sich gegen diese unsozialen Sparmaßnahmen und ruft zum Protest mit vielfältigen Aktionen im Herbst und zu einer Großdemonstrationen in Kiel auf. Der Auftakt dazu erfolgt

am Mittwoch, den 8. September

in Kiel mit Aktionen, einer Kundgebung

um 15.00 Uhr am Asmus-Bremer-Platz

und einer anschließenden Demonstration zum Landeshaus. Wir wollen, dass die Haushalte durch eine faire Steuer- und Abgabepolitik saniert werden. Dazu könnten ein höherer Spitzensteuersatz, eine Börsenumsatz- und Kapitaltransaktionssteuer sowie eine Vermögensabgabe beitragen. Ziel des Staates sollte eine am Gemeinwohl orientierte Gesundheits-, Bildungs- und Sozialpolitik sein, nicht Steuererleichterungen für einige wenige. Zur so genannten Sparpolitik gibt es Alternativen!

Spendenkonto: attac · Kto.-Nr. 140 000 2364 · BLZ 210 501 70 (Förde Sparkasse)

Kennwort: gerecht (unter Verwendungszweck)

Organisationen im schleswig-holsteinischen Bündnis: Arbeitsgemeinschaft Autonomer Frauenhäuser SH

AsF, SPD-Frauen SH · ATTAC-Kiel · ATTAC-Lübeck · Bündnis 90 / Die Grünen Landesverband Schleswig-Holstein · Bildungsbündnis Kiel
Blinden- und Sehbehindertenverein · Kieler BürgerInneninitiative bedingungsloses Grundeinkommen Schleswig-Holstein · Die Violetten -
für spirituelle Politik / SH · Demeter - Bäuerliche Gesellschaft Nordwest-Deutschland (BGN) · DGB/Nord · DIE LINKE / SH · DKP / SH
Frauen helfen Frauen in Not e.V. · GSHN - gemeinnützige Gesellschaft für Soziales in Norddeutschland mbH · IG Metall Kiel/Neumünster
KJHV - Kinder- und Jugendhilfe-Verbund gGmbH · Land in Sicht e.V. · Landesarbeitsgemeinschaft der hauptamtlichen kommunalen
Gleichstellungsbeauftragten Schleswig-Holsteins (LAG) · LandesFrauenRat (LFR) · Landesverband Frauenberatung Schleswig Holstein
(LFSH) · Linksbündnis e. V. · Linksjugend [solid] · Der PARITÄTISCHE Schleswig-Holstein · SDAJ Unternehmensbeirat der AWO /SH
ver.di Bezirk Kiel/Plön · www.nachdenkenseiten.de · Gesprächskreis Schleswig-Holstein